## Prof Dr. J. Varwick, Wittenberg 31.10.2024

Einen <u>Politikwissenschaftler</u> zum Thema Politisierung der Universität zu befragen ist in etwa so sinnlos wie einen <u>Mathematiker</u> sein Verhältnis zu Zahlen beschreiben zu lassen.

Ich bin also dem Gegenstand gegenüber nicht neutral. Mein zentraler Einwand gegen die gehaltvollen Thesen von Herrn Brodkorb resultiert vermutlich daraus: Es gibt für mich keine getrennten Sphären: hier die saubere Wissenschaft, dort die schmutzige Politik – die dann durch eine Vermischung zu einer Art Verunreinigung führen könnte oder würde.

Natürlich ist auch eine Universität ein politischer Ort – und zwar nicht nur, weil in ihr auch Politikwissenschaft gelehrt wird, sondern weil Politik kein bestimmter Bereich in der Gesellschaft ist, sondern alles politisch sein kann. Eine Universität muss dies annehmen!

• Eine Universität ist zudem kein einheitlicher Akteur, sondern nicht mehr, aber auch nicht weniger als ein Raum, in dem auf der Basis von bestimmten Prinzipien über Themen verhandelt wird. Und natürlich kann in einer heterogenen und pluralistischen Universität die zwangsläufig nicht widerspruchsfreie Wahrheitssuche nicht in erster Linie institutionell, sondern muss vorwiegend individuell erfolgen.

Wer – wie Herr Brodkorb – von einem "Einbruch bloßer Weltanschauungen in das System Wissenschaft" warnt, der hat einerseits grundsätzlich recht. Er tut

aber <u>anderseits</u> so, als ob sich gesellschaftliche und politische Fragen in einem <u>wissenschaftlichen Labor</u> gewissermaßen wie in der Physik <u>szientistisch</u> <u>destillieren</u> ließen. Er verkennt damit die Möglichkeiten, in diesem Bereich Wahrheit zu finden. Und kommt zu <u>falschen Schlussfolgerungen</u>.

2. Erste Aufgabe einer Universität ist mithin den Raum für Erkenntnisgewinn *ohne Einschrän-kungen* zur Verfügung zu stellen und <u>lebendig zu halten</u>, heißt also: Seine Spielregeln zu definieren und auf ihnen zu bestehen, <u>auch</u> wenn es weh tut.

Standpunkte müssen kontrovers vertreten werden können, wissenschaftliche Erkenntnisse präsentiert – ohne Sprech- und Denkverbote. Bekanntlich sind die Ketzereien von heute die Wahrheiten von morgen. Eine Ausrichtung am jeweiligen "Mainstream" darf für die Wissenschaft nicht handlungsleitend sein. Ebenso wenig ist es hilfreich, nur noch mit denen – auch international – im Austausch zu sein, die schon einer Meinung sind.

Weil politische Entscheidungen in offenen Gesellschaften aufgrund unterschiedlicher Interessen und Ideologien verschieden beurteilt werden können und müssen, kann zugleich "politische Wünschbarkeit" nicht einfach sachlogisch und widerspruchsfrei hergeleitet werden.

Wir sollten also die Konsensfähigkeit wissenschaftlich geleiteten Problemlösungsverhaltens <u>nicht</u>

<u>überschätzen – Herr Brodkorb macht letztlich genau dies</u>. Aber wir sollten die in der Universität lehrenden und forschenden Personen bestmöglich gegen jedwede <u>Versuche der Vereinnahmung</u> schützen.

**3.** Dieses Prinzip meint <u>zugleich</u> <u>keineswegs</u> die Ausklammerung von politischen Werten und Zielen aus dem Objektbereich oder gar eine Art falsch <u>verstandene Neutralität</u> überhaupt.

## **Und hier wird es kompliziert:**

- Denn <u>erstens</u> ist die Politisierung der Universität(en) etwas anderes als das öffentliche Beziehen seriös begründeter Positionen durch Einzelne ihrer WissenschaftlerInnen. Diese sind selbstverständlich durch das "Gebot des besseren Arguments" gebunden und bewegen sich insofern innerhalb der <u>Wissenschaftslogik</u>. Das kann aber keinesfalls heißen, dass sie sich zu politischen und damit <u>in Machtlogiken stattfindenden Themen</u> nicht oder nur neutral äußern dürfen.
- Es wäre <u>zweitens</u> ganz im Gegensatz für eine Disziplin wie die Politikwissenschaft geradezu gleichbedeutend mit einem <u>intellektuellen Rückzug</u> in den Elfenbeinturm, sich <u>nicht</u> in aktuelle politische Debatten einzumischen. Das gilt <u>gleichermaßen für andere Disziplinen</u> von der Biologie über die Ökonomie bis hin zur Rechtswissenschaft.

 <u>Drittens</u> sollte "die Universität" dann weniger in dem Sinne politisch sein, als dass durch ihre Leitung politische Marschrichtungen <u>vorgege-</u> <u>ben</u> werden, sondern schlichtweg der oben beschriebene <u>Raum verteidigt</u> wird und auch Abweichlern <u>Rückendeckung</u> gegeben wird.

Die spannende Frage ist, bis zu welcher Grenze ist was erlaubt – oder ist das bereits die falsche Frage?

4. Dass eine Universität als Institution wie auch als Individuum aktiv das Grundgesetz und unsere freiheitlich-demokratischen Grundordnung verteidigen muss, und in diesem Sinne bei zugegebenermaßen auch subjektiv unterschiedlich zu verstehenden Gefährdungen selbiger auch als Institution klar Position beziehen muss, ist zugleich für mich eine Selbstverständlichkeit. Hier duckt sich Herr Brodkorb m. E. etwas weg!

Dazu braucht es zunächst einmal gesellschaftspolitisches <u>Bewusstsein</u>, <u>Diskussionsfreude</u> und auch <u>Mut</u> zur wohl begründeten Positionierung! <u>Ich kann in der Diskussion gerne Beispiele nennen!</u>

Rolle und Selbstverständnis einer Universität sollte aber <u>vor allem sein</u>, unterschiedlichen und auch Minderheitenpositionen Raum zu geben und im möglichst sachlichen Streit <u>Kontroversen auszutragen und auszuhalten.</u>

## Vielen Dank!